

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Quartalsheftlicher Abonnementspreis 0,75 RM.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung des Verbandes und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Straß-Bund)
Berlin N.O. 25, Greifswalder Straße 221/222.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/222.
Fernsprecher: Amt Königsstadt, Nr. 4720.

Nr. 88/84.

Berlin, Sonnabend, 17. Oktober 1914.

Sechshundvierzigster Jahrgang

Inhalts-Verzeichnis:

Seeresverwaltung und Arbeiterbeschäftigung. —
Unsere wirtschaftliche Einkreisung. — Organisation der
Berufsberatung und Berufsvermittlung der Jugend. —
Allgemeine Rundschau. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

Seeresverwaltung und Arbeiter- beschäftigung.

Mehrfach konnte in den letzten Wochen beobachtet werden, daß Unternehmer, die von der Seeresverwaltung recht lohnende Aufträge erhalten hatten, trotzdem in rücksichtsloser Weise die Löhne drückten und auch sonst wenig Verständnis für die in der Arbeiteridiotie herrschende Notlage an den Tag legten. Andererseits war es erfreulich, daß die militärischen Behörden diesbezüglichen Beschwerden der Arbeiter und ihrer Organisationen gern ein offenes Ohr schenken und, soweit es möglich war, für Abhilfe sorgten. Diese Einsicht kommt auch zum Ausdruck in den Grundsätzen, die jetzt die Seeresverwaltung in der „Nordd. Allg. Ztg.“ für die Herstellung von Arbeiten für militärische Zwecke festgelegt hat. In erster Linie wird da betont, daß die Leistungsfähigkeit der Militärbetriebe und der Privatbetriebe, die mit Aufträgen für die Seeresverwaltung betraut sind, unter allen Umständen auf der erforderlichen Höhe zu erhalten ist. Es soll aber auch darauf Bedacht genommen werden, einem noch größeren Verluste als bisher Vermeidung zu verschaffen. Diese Absichten sollen durch Innehaltung folgender Grundsätze verwirklicht werden:

1. Ueberstundenarbeit ist zu vermeiden, wenn die Verhältnisse es gestatten, die Aufträge mit einer neunstündigen oder kürzeren Arbeitszeit durch Einstellung einer größeren Zahl von Arbeitern zu bewältigen.

2. Wo zurzeit in mehr als neunstündigen Schichten gearbeitet wird, ist auf die Einführung achtstündiger Schichten hinzuwirken, sobald die Leistung des Betriebes eine Änderung der Arbeitsteilung ohne Nachteil für die rechtzeitige Erledigung der Aufträge zuläßt.

3. Feierschichten, d. h. Beschäftigung der Arbeiter in ein- oder mehrtägigem Wechsel, werden dort, wo die vorliegende Arbeit nicht ein besonderes Einarbeiten und eine dauernde Beschäftigung verlangt, angeeignet und geeignet sein, zur Linderung der Not und besseren Verteilung des Verdienstes beizutragen, namentlich an Orten, wo die Arbeitslosigkeit besonders groß ist. Auf langjährig im Dienste der Seeresverwaltung tätige Arbeiter und solche mit starker, nicht erwerbssfähiger Familie muß naturgemäß Rücksicht genommen werden.

4. Wiederholt ist Klage geführt, daß mehrere Personen, die einen gemeinsamen Haushalt führen, zugleich in den Betrieben beschäftigt werden und so zusammen einen hohen Verdienst erzielen, während Familienväter mit mehreren erwerbssfähigen Kindern und Witwen abgesehen werden müßten und Not litten. Das ist zu ändern. Berufungen auf mehrjährige Dienstzeit können angesichts der allgemeinen Notlage nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein.

5. Personen, die bei Privatfirmen gegen angemessenen Lohn in Arbeit stehen und sich bei den Dienststellen nur deshalb um Arbeit bewerben, weil ihnen diese Arbeit besser zuzutritt, oder weil sie hoffen, einen höheren Verdienst zu erzielen, sind von der Einstellung grundsätzlich auszuschließen.

6. Ein Zwang im Sinne des Vorstehenden kann auf die mit Seereslieferungen betrauten Firmen zwar nicht ausgeübt werden, in vielen Fällen wird aber die vergebende Dienststelle ihren Einfluß zugunsten der Arbeitslosen mit Erfolg geltend machen können.

Im übrigen geben bei der Verwaltung zur Sprache gebrachte Vorkommnisse zu folgenden Bemerkungen Veranlassung:

7. Landsturmpflichtige dürfen nicht deshalb von der Einstellung ausgeschlossen werden, weil sie noch nicht völlig dienstfrei sind. Erhalten sie ihren Stellungsbescheid, dann bleibt es den Dienststellen immer noch frei, sie zu entlassen oder als unabkömmlich zu reklamieren.

8. Anschuldigungen gegen verschiedene mit Seereslieferungen betraute Firmen, daß sie das Ueberangebot an Arbeitskräften ausnutzen und den Arbeitern ganz ungenügende Löhne zahlen, sind vielfach aus Arbeiterkreisen vorgebracht und auch in der Presse besprochen worden. Die Dienststellen werden hierauf ihr besonderes Augenmerk zu richten und in Fällen auffälliger Art die Lieferanten davon zu verständigen haben, daß sie von ferneren Lieferungen und Leistungen ausgeschlossen werden müßten, wenn sie fortfahren sollten, in der beschriebenen Art die Löhne zu drücken. Bei Neuanschuldigungen wird es sich empfehlen, derartigen Vorgängen durch entsprechende Vertragsbedingungen vorzubeugen.

Schließlich wird noch auf folgendes zur Beachtung hingewiesen:

9. Den Bedarf an technischen Kräften aller Art vermittelt der Verein Deutscher Ingenieure in Berlin W. 1., Sommerstraße 1a. Sandwerker und Arbeiter werden im Bedarfsfalle von einer im Reichsamt des Innern errichteten Zentralstelle den Behörden unmittelbar nachgewiesen.

10. Auf die Verwendung freiwilliger, unbezahlter Kräfte als Boten, Schreiber usw. muß überall verzichtet werden, wo arbeitsfähige Arbeitslose zu diesen Zwecken vorhanden sind. Ebenso ist es zu vermeiden, Personen, für deren Unterhalt in anderer Weise gesorgt ist, zu beschäftigen (Pensionäre, Angehörige von Beamten usw., deren Lebensunterhalt auch ohne eigene Arbeit gesichert ist, usw.).

11. Firmen, die für die Seeresverwaltung liefern, ist hinsichtlich Gewährung von Abschlagszahlungen nach Möglichkeit entgegenzukommen, um ihre finanzielle Leistungsfähigkeit, namentlich in bezug auf rechtzeitige Zahlung der Löhne, zu erhöhen.

12. Die Strafanstalten sind während des mobilen Zustandes zur Deckung des Bedarfs an Geräten nicht heranzuziehen. Soweit es noch anhängig ist, sind bereits erteilte Aufträge von den Strafanstalten zurückzugeben.

13. Fortführung usw. von Bauten:

a) Ausbesserungen usw. an baulichen Anstalten können, soweit es die verfügbaren Mittel gestatten, nach wie vor ausgeführt werden.

b) Größere Bauten, die sich bereits in der Ausführung befinden, sind, um sie dem Einfluß der Bitterung zu entziehen, unter Dach zu bringen oder darüber hinaus soweit fortführen, als es die verfügbaren Mittel gestatten und vertrauliche Verbindlichkeiten, die ohne Verluste für die Reichskasse nicht rückgängig gemacht werden können, es erforderlich machen.

c) Neubauten, die ihrer Vollendung nahe sind, so wie kleinere bereits begonnene Bauten sind zu Ende zu führen. Letztere unter Umständen in einfacher oder beschränkter Form.

d) Soweit es im Interesse der Einschränkung der Arbeitslosigkeit oder aus anderen Gründen zweckdienlich erscheint, Bauvorhaben über die vorstehend genannten Grenzen hinaus zu fördern, sind entsprechende Anträge an die zuständigen Stellen des Kriegsministeriums zu richten.

Gegen diese Grundzüge läßt sich nichts einwenden. Es wäre nur zu wünschen, daß überall danach verfahren wird.

Unsere wirtschaftliche Einkreisung.

e. Die politische Einkreisung Deutschlands ist englischer Falschheit und Gewissenlosigkeit zwar möglich gewesen, aber ihre Reduzierung werden unsere sogenannten Vektoren jenseits des Kanals sicher nicht dabei finden. Ihre rücksichtslose Politik betrachtete es in den letzten zwanzig Jahren als eine ihrer Hauptaufgaben, uns als einen immer kräftiger werdenden Wettbewerber auf dem Weltmarkt wirtschaftlich zu vernichten, um den alten Rang des englischen Handels zu behaupten. England höst uns, weil es fürchtet, diesen alten Rang an uns zu verlieren. Nicht weil Deutschland ein unklarer Wettbewerber ist, sondern weil der reichgewordene englische Handels- und Fabrikant für den wirtschaftlichen Kampf zu bequem wurde und die von leidenschaftlichen Sportinteressen beherrschte Nation nicht nur im faunmännischen, sondern auch im technischen Stömen hinter uns zurückließ.

Die politische Einkreisung war möglich, die wirtschaftliche ist es nicht. Den Bestrebungen Englands kam in England die den Zar beherrschende Großfürstentum und der von dem russischen Basillawianus ständig gequälte Deutschenghaß entgegen, in Frankreich war ihnen die Revanche-idee und die Gewissenlosigkeit eines ehrgeizigen Präsidenten und seiner Ratgeber günstig. Aber ganz andere Kräfte bewegen das Wirtschaftsleben. Hier gilt nicht die politische Leidenschaft, sondern der Vorteil. Mein Volk kann es auf die Dauer ablehnen, seine Bedürfnisse dort zu kaufen, wo es diese am besten und wohlfeilsten deckt. Will es anders handeln, etwa aus politischer Voreingenommenheit gewisse Rohstoffe nicht in Deutschland kaufen, sondern von einem anderen Markt beziehen, obwohl sie dort teurer sind, so wird es seine eigene Volkswirtschaft schwer schädigen. Man kann deutsche Leistungsfähigkeit und gewisse deutsche Rohstoffe, Salzabrikate und Fertigarware wohl für kurze Zeit in den Ländern unserer Gegner boykottieren, aber auf die Dauer geht das nicht. Ihr eigenes Wirtschaftsleben zwingt sie, mit uns wieder Geschäfte zu machen, und ebenso sind wir auf den wirtschaftlichen Verkehr mit unseren politischen Feinden angewiesen. Auf dem Weltmarkt werden wir von den Boykottverboten unserer Gegner noch viel weniger berührt. Man wird uns sicher hier und da durch allerlei Börsartigkeit zurückdrängen, aber auf die Dauer entscheidet doch auch hier der eigene Vorteil und die deutsche Lädtigkeit. Solange diese nicht nachläßt, werden wir jedes augenblickliche Zurückweichen auf dem Weltmarkt bald durch neue Siege ausgleichen. Dazu kommt, daß unmittelbar nach dem Kriege eine gewaltige wirtschaftliche Tätigkeit einengen wird. Sowohl bei unseren Gegnern wie im eigenen Lande sind zahlreiche Bedürfnisse während des Krieges zurückgedrängt, die sich dann stürmisch zur Geltung bringen. Viele Werte, die im Kriege vernichtet und verbraucht

wurden, müssen schnell eriebt werden. Auch für diesen umfangreichen Bedarf ist ein Staat auf den anderen angewiesen. Jedenfalls darf man nicht verneinen, daß Deutschland einer der besten Kunden Englands, Italiens und Frankreichs ist. Wir kaufen, um ein Beispiel anzuführen, von Frankreich im Jahre 1913 für 584 Millionen Mark Waren und Rohstoffe. Unsere Ausfuhr nach dort betrug 790 Millionen Mark, wobei zu berücksichtigen ist, daß davon etwa 58 Millionen Mark allein auf Getreide entfielen, dessen Ausfuhr lediglich infolge der Einfuhrschneide möglich war. Es würde kein Verlust, sondern ein Vorteil für unsere Volkswirtschaft sein, wenn dieses Getreide im Lande bleiben würde. Jedenfalls kann man überzeugt sein, daß unsere Gegner es wirtschaftlich mindestens so schwer empfinden würden, wie wir ihren Posten, wenn wir Wiedervergeltung üben wollten.

Alle Drohungen auf Einkreisung unseres Wirtschaftslebens können uns daher kühl lassen. Wir brauchen nicht zu verzagen, wenn sich jetzt in Paris eine antideutsche Liga gebildet hat, deren Mitglieder sich verpflichteten, deutsche und österreichische Erzeugnisse weder zu kaufen noch zu verkaufen. Angestellte und Arbeiter deutscher und österreichischer Herkunft nicht zu beschäftigen und französisches Geld lediglich der einheimischen oder der Industrie der verbündeten Länder zuzuwenden. Derartige Beschlüsse beugen lediglich die mangelnde volkswirtschaftliche und sozialpolitische Einsicht ihrer Urheber. Frankreich und England brauchen unsere Waren, und ebenso brauchen sie in gewissen Berufen deutsche kaufmännische Hilfskräfte und deutsche Arbeiter. Nicht einmal auf diese können sie verzichten, wenn sie nicht selbst großen Schaden leiden wollten.

Uebrigens ist das mit jenen Beschlüssen eine alte Geschichte. Unmittelbar nach dem Frieden 1871 wurde in Paris die „nationale antipreußische Liga“ in das Leben gerufen und überall in Frankreich bildeten sich „Comités patriotiques“ mit dem Zweck, der Einfuhr und dem Verbrauch deutscher Waren, ebenso der Beschäftigung Deutscher in Frankreich mit allen Kräften entgegenzuwirken. Für alle Ewigkeit erklärte der nationale Sach deutsche Waren und deutsche Arbeit in Beruf. Diese „Ewigkeit“ war nicht von langer Dauer. Zunächst freilich hatten unsere wirtschaftlichen Verbindungen unter der durch den Krieg erzeugten Stimmung zu leiden. Das wird auch nach dem nächsten Frieden wieder der Fall sein. Aber der wirtschaftliche Vorteil ist auch nach 1871 bald stärker als die Boykottbeschlüsse gewesen, wenn sie auch hier und da noch lange zu spüren waren.

Für uns besteht die Pflicht, unsere Handlungen nicht durch nationale Leidenschaft bestimmen zu lassen. Leitet unsere Gegner der Satz, so wollen wir kaltes Blut behalten und nicht vergessen, daß alle großen Völker heute wirtschaftlich etwas Gemeinam es haben, daß weltwirtschaftliche Beziehungen bestehen, die auch die größte Feindschaft nicht zerstören kann. Dieses Gemeinam im Wirtschaftsleben der Völker zu pflegen, ist eine wichtige Aufgabe deutscher Besonnenheit. Ohne unserer nationalen Würde etwas zu vergeben, sollen wir jenen, jenen wirtschaftlichen Kampf nicht unnötig zu verschärfen, der nach Beendigung des Kampfes mit der Waffe nach französischer Absicht erst recht beginnen soll. Wir dürfen die feste Zuversicht haben, daß deutsche Art und Kraft auch in diesem Kampfe und über alle Gelüste, uns wirtschaftlich einzukreisen, siegen wird.

Organisation der Berufsberatung und Berufsvermittlung der Jugend.

(Schluß.)

3. Die Stellenvermittlung.
Es handelt sich hier in erster Linie um die Vermittlung von Lehrstellen, denn es ist das ausgedehnte Ziel der Berufsberatung und Berufsvermittlung, daß gerade aus erzieherischen Gründen möglichst viele Jugendliche in Berufen ausgebildet werden. Da das jedoch nicht bei allen Jugendlichen möglich ist und außerdem in zahlreichen Gewerbezweigen und Beschäftigungsarten eine mehr oder weniger längere Anlernung für gehobene Arbeitsverrichtungen erfolgt, müssen alle Jugendlichen herangezogen werden, um sie möglichst einer, wenn auch beschränkten Ausbildung und Erziehung zuzuführen, wozu die im vorigen Abschnitt andeutete Kenntnis der Stellen und sodann vor allem die Erlangung der verständnisvollen Mitwirkung der Arbeitgeber von Wichtigkeit ist.

Anzustreben ist die Konzentration der gesamten Vermittlung an einer Stelle. Zwar kommt entweder eine besondere Zentrale für Berufsbe-

ratung und Berufsvermittlung oder die Angliederung an den öffentlichen Arbeitsnachweis oder an den Ortsausschuß für Jugendpflege in Betracht. Ist diese Konzentration aus irgendwelchen Gründen nicht zu erreichen, wollen die Spezialarbeitsnachweise der Handwerkskammern, Innungen, Arbeitgeber oder Arbeitnehmer die Vermittlung selbst übernehmen, dann muß doch die Beratung nach Möglichkeit einheitlich und zentral geregelt sein, und die Beratungsstelle muß sich bemühen, die dezentralisierte Vermittlung ihren Ideen dienstbar zu machen.

Die praktische Vermittlung geschieht in der Weise, daß die Stellenangebote auf Karten unter Angabe der näheren Bedingungen gesammelt und — eventuell unter Mitwirkung der gewerblichen Vertretungen — gepriüft werden, um ungeeignete Stellen auszuschneiden. Die Unterbringung in den einzelnen Stellen erfolgt entweder unter persönlicher Anwesenheit beider Teile oder durch Zuweisungskarten, die den Jugendlichen mitgegeben und nach erfolgter Stellenbesetzung mit entsprechendem Vermerk an die Vermittlungsstelle zurückgeschickt werden.

4. Mitwirkung der Schule.

Die Mitwirkung der Schule muß möglichst weitgehend sein. Die Berufsberatung bedarf einer systematischen Vorbereitung durch die Schule. Neben der Ausgestaltung der Unterrichtsfächer (vor allem Pflege des Handfertigkeitsunterrichts) ist auch die Art des Unterrichts von Wichtigkeit. Es gilt, in jungen Menschen den Sinn für das Berufsleben und den Willen zu wecken, ein nützliches Glied der Gesellschaft zu werden.

Bei der Berufsberatung fällt der Schule vor allem die Aufgabe zu, die vor der Schulentlassung stehenden Kinder eindringlich über die Bedeutung der Berufswahl zu belehren und sie auf die Beratungsstelle hinzuweisen, nicht dagegen selbst Stellen zu vermitteln. Die individuelle Beratung hat der Beratungsstelle zu erfolgen. Gefördert kann sie werden durch Bemerkungen und Hinweise der Schule auf besondere Anlagen und Eigenschaften der Kinder. Alle von der Beratungsstelle zur Belehrung und Beeinflussung der Eltern und Kindern getroffenen Maßnahmen und Veranstaltungen wie Elternabende, Führungen durch Gewerbebetriebe und ähnliches kann die Schule wirksam fördern und unterstützen.

Alsdann sollten im Anschluß an die entweder im Unterricht oder auf Elternabenden erfolgte Belehrung Merkblätter über die Bedeutung der Berufswahl verteilt werden. Die zur Verteilung gelangenden Druckfaden müssen sorgfältig gepriüft werden. Die Verteilung von Blättern und Gesten aller möglichen Stellen ruft Verwirrung hervor und drückt den Wert der sorgfältig bearbeiteten Aufklärungsblätter herab. Anpreisungen einzelner Ausbildungsanstalten, Stellenvermittlungen, Vereine usw. sind zurückzuweisen, unter Hinweis auf die von der Beratungsstelle herausgegebenen Druckfaden und deren aufklärende Tätigkeit.

Neben den allgemein gehaltenen Merkblättern sind von der Schule Fragebogen zu verteilen, in die die Schüler ihre Personalien, den in Aussicht genommenen Beruf und sonstige zweckmäßige Angaben eintragen. Die ausgefüllten Fragebogen, die am besten nach Ausfüllung durch die Schüler ergänzende Bemerkungen des Schularztes und Lehrers enthalten, werden von der Schule gesammelt und der Beratungsstelle überwiesen. Die Bogen sind zur Verwertung für statistische Zwecke von sämtlichen Schülern auszufüllen, auch von solchen, die schon einen Beruf gewählt oder eine Ausbildungsstelle gefunden haben oder die noch keine Berufsausbildung beginnen wollen. Wesentlich ist es, daß der Schularzt die Jugendlichen unterrichtet, ob sie für den in Aussicht genommenen Beruf geeignet sind, und angibt, wo körperliche und geistige Mängel vorhanden sind.

Nach durchgeführter, schulärztlicher Untersuchung und Ablieferung der Fragebogen wirkt die Schule darauf hin, daß die Jugendlichen die Beratungsstelle aufsuchen, und kontrolliert, wenn möglich, ihrerseits den erfolgten Besuch mit Hilfe von Lebensweisungskarten, die die Beratungsstelle ausstellt.

Damit an jeder Stelle ein ständiger Mittelpunkt für die Berufsberatung vorhanden ist, sollte ein Mitglied des Lehrerkollegiums sich besonders damit befassen und als Vertrauensperson zwischen Schule und Beratungsstelle tätig sein.

In kleinen Orten und auf dem Lande ist ein entsprechendes vereinfachtes Vorgehen am Platze.

5. Mitwirkung der Fortbildungsschule.

Die Fortbildungsschule hat die Pflicht, bei den Lehrlingen auf die Bedeutung der geordneten Berufserziehung nachdrücklich hinzuweisen und so

das leichtfertige Aufgeben der Lehrstelle nach Möglichkeit zu verhindern.

Die Ungelernten hat sie anzubahnen, noch nachträglich einen gelernten Beruf zu ergreifen, so weit dies nach den gegebenen wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnissen möglich ist.

Geeignete Fortbildungsschullehrer, die mit den Verhältnissen des Gewerbes durch ihren Beruf vertraut sind, sind für die Berufsberatung heranzuziehen.

6. Mitwirkung der Berufsstände.

Das lebhafteste Interesse, das die gewerblichen Kreise an einer zweckmäßigen Verteilung und Auslese des jugendlichen Nachwuchses haben, macht es ihnen zur Pflicht, der Berufsberatung und Berufsvermittlung ihre besondere Förderung und Mithilfe zuteil werden zu lassen. In Betracht kommen vor allem die Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, die Fachvereinigungen der Arbeitgeber und die Berufsvereine der Arbeitnehmer.

Ihre Unterstützung wird teils auf materiellem Gebiete liegen müssen, teils wird es sich darum handeln, Mitteilung über Anforderungen und Ausichten der verschiedenen Berufe über die Lage des Arbeitsmarktes usw. zur Verfügung zu stellen, sachliche Ratschläge zu erteilen, in dem Verwaltungsausschuß der Beratungsstelle mitzuwirken, aufklärende Vorträge zu veranstalten, bei Abfassung von Merkblättern zu helfen usw.

Auch sachdienliche Mitteilungen über sachliche Ausbildungsanstalten, über die für die Jugendlichen in Betracht kommenden Stellen (Warnungen vor ungunstigen Stellen) werden sie geben und in geeigneten Fällen auf Abstellung von Mifständen hinwirken können. Ganz allgemein haben sie die Aufgabe, auf eine sachgemäße Behandlung und Erziehung der Jugendlichen hinzuwirken und den Beratungsstellen die Kenntnis guter Stellen zu vermitteln.

Soweit sie selbst Stellennachweis haben und auf deren Benutzung auch bei den Jugendlichen nicht verzichten wollen, sollten sie wenigstens nur solche Jugendliche annehmen, die vorher die Beratungsstelle besucht haben.

7. Geldbeschaffung.

Bei der Berufsberatung handelt es sich um Entscheidungen, die für das ganze Leben von Bedeutung sind. Deshalb liegt die zwingende Notwendigkeit vor, daß Staat und Gemeinden die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung stellen. Aber auch die Vertretungen der Berufsstände und namentlich die Arbeitgeber werden der Sache ihre Unterstützung nicht verweigern, denn sie sind an einer richtigen Organisation der Berufswahl, an der Zuführung eines sorgfältig nach Eignung und Neigung ausgesuchten Nachwuchses von Arbeitskräften am meisten interessiert.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 16. Oktober 1914.

Die Zentralratsung am 9. Oktober eröffnete Kollege Hartmann mit einem ehrenben Nachruf für den verstorbenen Kollegen Schildhauer. Dann hielt er ein eingehendes Referat über „die Arbeit der Gewerksvereine während des Krieges“. Einleitend schilderte er die Veränderungen, die durch den Kriegsausbruch sich im gesamten Wirtschaftsleben vollzogen haben, und die Maßnahmen, die insbesondere die Arbeiterorganisationen treffen mußten, die nicht, wie vielfach angenommen wird, Kriegsunterstützungsvereine sind. So weit es in ihren Kräften steht, sorgen die Organisationen auch jetzt für ihre Mitglieder; ja an vielen Orten sind sie die einzige Quelle, aus denen den Arbeitslosen etwas Mittel aufstieken. Schon darin liegt ein Beweis dafür, daß die Organisationen auch während des Krieges nicht entbehrt werden können. Auch die Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung sind jetzt für sie mehr denn je wichtige Aufgaben. Vor allen Dingen muß ihr Ziel auf die Erhaltung des Bestehenden gerichtet sein. Es wäre geradezu Verrat an unseren im Felde stehenden Kollegen, wollten wir jetzt den Bau der Organisation in sich selbst zusammenstürzen lassen. Aller dieser Aufgaben sind sich die Gewerksvereine bewußt; leider aber wird ihre Erledigung oft erschwert durch mangelndes Verständnis bei einzelnen Mitgliedern. Deshalb ist noch viel Aufklärungsarbeit nötig, auch hinsichtlich der Verchiedenheit der Unterstützungen in den einzelnen Gewerksvereinen, über die sich leider eine völlige Einheitsfront nicht erzielen lassen. Bei den andern Organisationsrichtungen ist dies übrigens auch der Fall. Weiter muß die Einigkeit und der Zusammenhalt gepflegt, die Verbandsgemeinschaft gefestigt wer-

den. Zu diesem Zwecke ist es erwünscht, wenn die Verbandsleitung öfter persönliche Fühlung mit den Hauptvorständen nimmt und Konferenzen zur Beratung gemeinsamer Angelegenheiten einberuft. Dann gilt es, nicht nur den vorhandenen Mitgliederbestand zu erhalten, sondern trotz der Schwierigkeiten neue Anhänger zu werben. Der freibeitlich-nationale Gedanke hat durch diesen Krieg eine gewaltige Kräftigung erfahren. Diese Situation müssen wir für uns auszunutzen suchen und damit schon jetzt die Vorarbeiten für die hoffentlich nicht allzu ferne Friedenszeit einleiten.

Nach diesen mit Beifall aufgenommenen Ausführungen, denen eine anregende Aussprache folgte, sprach Verbandssekretär Kollege Neustedt über „Die öffentliche Arbeitslosenfürsorge während des Krieges“. Als erfreuliche Tatsache stellte es der Redner hin, daß das Verantwortungsgesühl und das Verständnis für soziale Fragen in der Öffentlichkeit gewachsen sei. Das ist besonders auch bei der Durchführung der Arbeitslosenfürsorge hervorgetreten. Der Referent schilderte dann eingehend die Maßnahmen, die nach dieser Richtung hin getroffen sind, unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Groß-Berlin. Wenn hier auch nur der äußersten Not gesteuert wird, so ist doch Anerkennungswertes geleistet worden. In Berlin speziell hat man sich eng an das Central-System angelehnt und mit den Arbeiterorganisationen gemeinsam gearbeitet. Die darin an den Tag gelegte Anerkennung der Arbeiterorganisationen wird hoffentlich auch später Geltung behalten. Leider haben manche Vorortgemeinden dieses soziale Verständnis vermissen lassen, so daß trotz der Bemühungen des Berliner Oberbürgermeisters eine Einheitslösung in Groß-Berlin nicht zu erzielen war.

Auch an dieses Referat knüpfte sich eine rege Aussprache, die mit der einstimmigen Annahme folgender Entschließung endete:

„Da eine große Anzahl von Gemeinden bisher keinerlei Maßnahmen getroffen hat, um die Notlage der infolge des Krieges arbeitslosen Geworbenen zu mildern, richtet der Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften (D.G.) an alle Ortsverbände die Aufforderung, bei benachteiligten Gemeinbewohnern, die nach dieser Richtung noch nicht getan haben, dahin vorzugehen, daß gemeinsam mit Vertretern der Arbeiterorganisationen schleunigst Schritte zur Durchführung einer Arbeitslosenfürsorge unternommen werden. Diese Fürsorge ist möglichst im Sinne der in Berlin getroffenen Maßnahmen durchzuführen.“

Nach einem kurzen Bericht aus dem Bureau wurde sodann die sehr eindrucksvoll verlaufene Sitzung geschlossen.

Es geht wieder bergan! Noch immer leidet naturgemäß das wirtschaftliche Leben unter den Wirkungen des Krieges, und das Meer der zu unfreiwilliger Ruhe Verurteilten ist größer als in normalen Zeiten. Trotzdem deuten mancherlei Zeichen darauf hin, daß Wandel und Wandel sich bereits wieder besser gestalten und daß nach den zu erwartenden günstigen Entscheidungen auf den Kriegsschauplätzen eine weitere Besserung eintreten wird.

Was im besonderen Groß-Berlin anbetrifft, so lag der letzte vom Verband Märkischer Arbeitsnachweise veröffentlichte Wochenbericht, daß die leichte Besserung, die schon in der Vorwoche zu beobachten war, angehalten hat. Von den Bemerkungen, die sich auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen, sei erwähnt, daß in der chemischen Industrie die Beschaffung gewisser Roh- und Hilfsstoffe durch die Behörden hemmend wirkte. In der Papierindustrie hat sich die Lage günstiger gestaltet. Eine Belebung trat ferner in der Schokoladenindustrie auf, die durch die Vorarbeiten zur Weihnachtszeit verursacht wurde. Dagegen haben sich die Verhältnisse in der Brauerei verschlechtert. Der völlige Stillstand des Baugewerbes kommt darin zum Ausdruck, daß in der vergangenen Woche wie auch in der Vorwoche jedesmal nur 3 größere Neubauten von der Polizei genehmigt werden konnten. Eine kleine Besserung wies die Betonindustrie auf. Stärker nachgefragt wurden auch Steinwerke. Eine beträchtliche Zahl Erd- und Schanzarbeiten sind nach außerhalb bei Schanzarbeiten unterbrochen worden. Billige Depressen herrscht andauernd in der Holzindustrie. Militärarbeiten hatten bei den Farbwerk eine gesteigerte Beschäftigung zur Folge.

Auch im Befeldigungsgewerbe und in der Nahverkehrsmittelindustrie ist eine weitere Besserung der Lage zu verzeichnen, die auch für ungelernete Arbeiter kennzeichnend ist. In Expeditionsgewerbe ist eine weitere Steigerung vorhanden. Auch im Handelsgewerbe macht sich eine leichte Belebung geltend, die sowohl männliche wie weibliche Angestellte umfaßt. Wie berichtet wird, sollen

viele kaufmännische Betriebe ihre Angestellten, die am 1. Oktober ihre Stellung aufgeben sollten, mit gekürztem Gehalt weiterbeschäftigen.

Die Besserung der Lage des Arbeitsmarktes kommt darin zum Ausdruck, daß bei den wichtigsten öffentlichen Arbeitsnachweisen Groß-Berlins die Zahl der vermittelten Stellen für Männer von 3900 auf 4700, für Frauen von 2800 auf 3700 stieg. Die offenen Stellen vermehrten sich für Männer von 4500 auf 6200, für Frauen von 4200 auf 4300, während die stellenjuchenden Männer um 700, die stellenjuchenden Frauen um 500 sich verringerten.

Zu denselben Ergebnissen ist die „Nordd. Allg. Ztg.“ in folgenden Auslassungen gekommen: „Bereits heute ist festzustellen, daß gegenüber dem Kriegsanfang die Zahl der Arbeitslosen sich vermindert hat. Unter vollster Anerkennung der verdienstlichen Mitwirkung von Kommunen und Privaten darf gesagt werden, daß die jetzt schon fühlbare Verminderung der Arbeitslosigkeit auch zum nicht geringen Teil den wirksamen Maßnahmen der Reichs- und Staatsbehörden zu danken ist.“

Unbedingt mußte und muß der Grundsatz festgehalten werden, daß, soweit irgend möglich, den Arbeitslosen nicht durch unmittelbare Unterstützungen, sondern durch Arbeitsgelegenhait geholfen werden muß. Es ist dies weniger aus Gründen allgemeiner Wirtschaftlichkeit geboten, als durch die Rücksicht auf die arbeitswilligen und -fähigen Arbeiter selbst, denen es unendlich zu erproben ist, daß sie der öffentlichen Armenpflege zur Last fallen. Wird sich dieser Grundsatz auch nicht überall und für die ganze Dauer des Krieges in idealer Weise durchführen lassen, so wird ihm doch bis zur Grenze des Erreichbaren gefolgt werden müssen.

Die Aufgabe, zwischen Arbeiterbedarf und Arbeitslosigkeit einen Ausgleich herbeizuführen, stand zunächst vor der Schwierigkeit, daß sich allenthalben in bester Absicht, aber unter Verkennung der durch den Krieg geschaffenen besonderen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt freiwillige und bezahlte Hilfskräfte zur Verfügung stellten, sowohl für die Verstellung von Arbeitsbedarf wie für diejenigen Betriebe, denen die Robstmachung Arbeitskräfte in großer Zahl entzogen hatte. Das galt zunächst für die bei Kriegsausbruch in vollem Gange befindlichen Erntearbeiten. Gegenüber dem anfänglichen Bestreben, die Einbringung der Ernte der Schuljugend zuzuwenden, brachte die im Reichsamt des Innern errichtete Reichszentrale der Arbeitsnachweise 12 000 Industriearbeiter in der Landwirtschaft unter. Den Militär- und Marineverpflichtungen wurden Arbeitskräfte vermittelt, ebenso den Betrieben, die mit Lieferung von Kriegsbedarf beauftragt sind. Die arbeitslosen Kaliberleute wurden in den oberflächlichen Gütten untergebracht. Landwirtschaftlichen Betrieben sind technische Arbeiter aus der Industrie überwiesen worden. Dem Arbeitermangel in den Zuckerfabriken ist durch Ausgleich ebenfalls abgeholfen worden. Die Reichszentrale arbeitet zusammen mit den bestehenden provinziellen Arbeitsnachweisen und den Gewerkschaften. Durch vorangehende Vereinbarungen der Arbeits- und Lohnbedingungen wird etwa möglichen Lohnstreitigkeiten wirksam begegnet.“

So erfreulich diese Tatsachen sind, so muß doch immer und immer wieder betont werden, daß die Not noch immer groß genug ist, daß die Behörden, insbesondere die Gemeindeverwaltungen in energischer Hilfestellung, namentlich durch eine vernünftige Arbeitslosenfürsorge nicht nachlassen dürfen.

Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Baugewerbe. Die großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände des Baugewerbes und der Nebengewerbe haben am 13. Oktober 1914 in Berlin eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, welche danach streben soll, zur Erhaltung der Volkskraft während des Krieges die darniederliegende Bautätigkeit möglichst zu heben. Die Arbeitsgemeinschaft wendet sich zu diesem Zwecke an die Behörden des Reiches und der Bundesstaaten und an die Gemeinden mit der dringenden Bitte, die schon beschlossenen Bauten auszuführen und umgebend Mittel für weitere Bauten bereit zu stellen. Sie wird ferner bei den in Betracht kommenden kapitalkräftigen Stellen auf eine Erleichterung der Kapitalbeschaffung zur Wiederbelebung der privaten Bautätigkeit hinwirken. Sie wird weiter eine planmäßige Vermittlung der Arbeitskräfte, insbesondere für den Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Landesteile anstreben. Sie wird die Behörden erüden, von den Unternehmern gewerblicher Arbeiten die Innehaltung der tariflichen und örtlichen Arbeitsbedingungen zu verlangen, um die Kaufkraft der Bevölkerung zu erhalten. Um einer möglichst großen Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern Verdienste zu verschaffen, wird es den örtlichen Verbänden anheimgestellt, sich über eine zweckmäßige Verkürzung der Arbeitszeit zu verständigen.

Zur Durchführung dieser Maßnahmen bildet die Arbeitsgemeinschaft einen Zentralausschuß, dem 5 Mitglieder des Verwaltungsausschusses des

Reichsbundes baugewerblicher Arbeitgeberverbände und 5 Vorstandsmitglieder der freien, christlichen und kirchlich-Darüberlichen Gewerkschaften angehören. Es wird beabsichtigt, in den einzelnen Provinzen Bezirksausschüsse und in den größeren Arbeitsorten örtliche Ausschüsse in ähnlicher Zusammensetzung zu bilden, welche sich in dauerndem Zusammenarbeiten der Durchführung dieser Maßnahmen widmen werden.

Dem Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände gehören rund 60 000 Arbeitgeber an, den beteiligten Arbeiterorganisationen rund eine Million Arbeiter.

Die ganz erhebliche Preissteigerung der Kartoffeln in Berlin war Gegenstand einer eingehenden Beratung von Berliner Vertretern der Arbeiterorganisationen und Angestelltenverbände aller Richtungen. Die Deutschen Gewerkschaften waren durch den Verbandssekretär, Kollegen Neustedt, vertreten. Die Versammlung stellte fest, daß in letzter Zeit die Preise für Kartoffeln in Berlin und auch in vielen anderen Orten ganz erheblich gestiegen sind. Wenn auch zugegeben werden kann, daß die Kartoffelernte nicht ganz der des Vorjahres gleichkommt und auch der Krieg in einigen wenigen Bezirken die Bergung der Ernte verhindert hat, so ist doch die sprunghafte Verteuerung der Kartoffeln auf künstliche Maßnahmen zurückzuführen. Das systematische Zurückhalten der Kartoffelernte ist nicht nur verantwortungsvoll zu machen für die augenblickliche Verteuerung der Kartoffeln, sondern wird auch noch die Ursache einer weiteren Preissteigerung werden. Im Interesse der erwerbstätigen Bevölkerungsteile müssen gegen diese drohende Preissteigerung eines für die Arbeiterfamilien dringend notwendigen Nahrungsmittels sofort Maßnahmen getroffen werden. Die Organisationsvertreter aller Richtungen waren sich vollständig einig, beim Oberkommando der Marken vorstellig zu werden und um die Festsetzung von Höchstpreisen für den Groß- und Kleinhandel zu petitionieren. Es mußten seitens des Oberkommandos dann auch Maßnahmen getroffen werden, um die Kartoffelernte den Konsumenten zugänglich zu machen. Zu gleicher Zeit werden sich auch die Zentralvorstände der verschiedenen Organisationen mit dieser Frage beschäftigen. Geplant ist, eine gemeinsame Eingabe an die Reichs- bzw. Staatsregierung zu richten, in welcher die Arbeiterorganisationen die Angestelltenverbände die zuständigen Behörden gleichfalls für die obengenannten Maßnahmen interessieren. Dabei ist natürlich nicht an eine ganz gleichmäßige Festsetzung der Preise für alle Gegenden gedacht, sondern nur an Maßnahmen, die eine Ausmagerung der Preise, die auf den Kartoffelkonsum hauptsächlich angewiesen sind, unmöglich machen.

Ein wackerer und überzeugungstreuer Kollege ist am 7. Oktober verstorben.

Georg Schildhauer

ist nach längerem Leiden im Alter von 67 Jahren gestorben. In der Berliner Gewerkevereinsbewegung war der Entschlafene eine bekannte Persönlichkeit, zu jeder Zeit auf dem Posten, wenn es galt, für unsere alte Sache einzutreten. Dafür genog er aber auch das volle Vertrauen seiner Kollegen. Obgleich Schildhauer erst im Jahre 1877 in den Gewerkeverein der Klumpner eintrat, war, wurde er schon 1879 mit dem Ehrenposten des Zentralratsvorsitzenden betraut. Mehrfach hat er auch seinen Gewerkeverein als Abgeordneter auf Delegierten- und Verbandstagen vertreten. Den Ortsverein der Klumpner Berlin I hat er ebenfalls lange Jahre als Vorsitzender geleitet. Ein Mann von echtem Schrot und Korn ist also dahingegangen, dem wir ein treues Andenken bewahren werden.

Zur Milderung der Arbeitslosigkeit hat auch das österreichische Handelsministerium an die einzelnen Landesbehörden einen Erlaß gerichtet, daß die Bewilligung von Ueberstunden für gewerbliche Betriebe auf das unumgänglich notwendige Maß eingeschränkt und insbesondere bei den für militärische Zwecke arbeitenden Betrieben, die zur Zeit stark beschäftigt sind, dahin gewirkt werden soll, daß soweit dies ohne Beeinträchtigung der Lieferzeit und der Güte des Erzeugnisses möglich ist, das Mehrerfordernis an Arbeitsleistung statt durch Ueberstunden durch Einstellung einer größeren Zahl von Arbeitern gedeckt wird. Ferner hat das Handelsministerium die industriellen Zentralverbände ersucht, ihren Mitgliedern nahezu-

legen, daß in den für die Zwecke der Geeresverwaltung stark beschäftigten Betrieben soweit wie möglich statt zwei Arbeitsschichten deren drei eingerichtet werden.

Die Arbeitslosigkeit in England ist nach einer Feststellung des Handelsamts im Steigen begriffen. Am 11. September betrug der Prozentatz der Beschäftigungslosen in den gegen Arbeitslosigkeit versicherten Berufen, d. h. im Baugewerbe, dem Maschinen- und Schiffbau usw. 6,05. Am Anfang des Jahres belief sich der Prozentatz nur auf 2,6. Die Zahl der arbeitslosen Frauen wächst stärker als die der Männer. Ein Abflauen des Beschäftigungsgrades ist in allen Industriezweigen zu beobachten. Am stärksten betroffen sind die Textilindustrie, das Holzgewerbe, insbesondere die Möbelfabrikerei und die Steingut-Industrie; nur im Schiffbau ist die Beschäftigung lebhafter, weil er aus staatlichen Aufträgen Nutzen hat.

Der Verein für Volkunterhaltungen in Berlin hat seinen Programm für die Saison 1914/15 verfaßt. Dasselbe bietet, wie in den früheren Jahren, eine Fülle von Unterhaltungsmaterial, das sich durch Reichhaltigkeit, Gediegenheit und Abwechslung auszeichnet. Bei der Beliebtheit, der sich die Veranstaltungen des Vereins für Volkunterhaltungen in den Kreisen der Berliner Kollegen erfreuen, werden wir, wie das bisher geschehen ist, allwöchentlich darauf hinweisen. Gleichzeitig veröffentlichen wir nachfolgend die Billettkaufverkaufsstellen des Vereins, in denen stets 8 Tage vor jeder Veranstaltung früh 8 Uhr, auch für Nichtmitglieder, Eintrittskarten zu haben sind. Diejenigen unserer Leser, die daran Interesse haben, mögen sich diese Notiz auskennen, da die Adressen nur einmal in jedem Jahre bekannt gegeben werden können.

B. Kieffel, Mühlstr. 30 (werktäg. 9-12 und 3-8 Uhr); Georg Kraus, Krautstr. 30a, Kaufmännischer Verband für weibliche Angestellte, Köpenickerstr. 74, II. Hof, Ausgang A I (werktäg. 4-4 Uhr); Arbeiterinnenheim III, Stottbuer Ufer 33, Quersp. I (werktäg. 8-11 und 5-8 Uhr); F. Wofel, Osnienaustr. 67 (werktäg. 8-1 und 3-7 Uhr); G. Wiegner, Kallische Str. 28; R. Dreier, Genthinerstr. 34; Raabe u. Rothau, Potsdamerstr. 21; Guido Thieme, Thurmstr. 14; Lehrer Emil Dörp, Börsenstr. 24 III; Hans Riedel, Uhländstr. 163; Georg Lewed, Müllerstr. 175;

B. Rubenow's Buchhandlung, Brunnenstr. 134; Oskar Morath, Charlottenburg 4, Schillerstr. 77; Gustav Widgrube, Hummelburg, Wühlischstraße 33; Verein der Deutschen Kaufleute, Alte Jakobstr. 81; F. Sellwig, Tiedstr. 41.

Außerdem findet eine halbe Stunde vor jeder Veranstaltung ein Billetverkauf an der Kasse statt. Die 517. Veranstaltung des Vereins für Volkunterhaltungen findet am Sonntag, den 18. Oktober, abends 7 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses statt. Es werden mitwirken Fräulein Emmy Mohr (Gesang), Fräulein Martha Etkan (Gesang), Fräulein Charlotte Rosen (Violine), Fräulein Elfriede Deichmann (Rezitation). Eintrittspreis 30 Pf.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (G.D.). Verbandsklub der Deutschen Gewerksvereine, Greifswalderstraße 221/22. Nächste Zusammenkunft Mittwoch, 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Lewin über „Deutschlands Feinde“ (2. Teil). Gäste herzlich willkommen. Gewerksvereins-Vereinstafel (G.V.). Jeden Donnerstag, abds. 9-11 Uhr Leitungsfunde I. Verbandsklub d. Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste willk. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin II. Sonnabend d. 17. Oktober Bruchstr. 36a. Tagesordnung: 1. Mitteilung. 2. Unterhaltungs-Gesuch. 3. Monatsbericht. 4. Vortrag des Kollegen Schumacher. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin IV. Abends 7/29 Uhr. Restaurant Schippau Tempelhofer Ufer 6. Tagesordnung: 1. Mitteilung. 2. Monatsbericht. 3. Tagesbericht pro September. 4. Bericht. 5. Angelegenheit. Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlin III. Sonntag d. 18. Okt. vorm. 10-12 Uhr Jahrtag im Nordwest-Casino, Alt-Moabit 55.

Orts- und Regionalverbände.

Bremen (Ortsverband). Jeden ersten Dienstag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Vertreter - Sitzung im Durgops Gesellschaftshaus, Bremen, Kellenstraße. Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanssen, Sandowstr. 42. Dessau. Gewerksvereins-Vereinstafel jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr Leitungsfunde I. Vereinsklub „Jugend“, Marktstr. 1. Eisenfeld-Barrenen (Ortsverband). Jeden letzten Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreter-sitzung bei Roggenkämper, Eisenfeld, Aulsenstr. 1. Erlangen (Ortsverband). Jeden Sonnabend, abds. 8-10 Uhr, Distriktsfunde I. Verbandsklub, Frohnhauserstr. 58.

Frankfurt a. M. (Gewerksvereins-Vereinstafel). Jeden Freitag von 8-10 Uhr Leitungsfunde im Vereinsklub, Kiststr. 16. Verbandsklub (Ortsverband). Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr Vertreter-sitzung. Jeden zweiten und dritten Sonntag, abends 6-8 Uhr, Distriktsfunde im Distriktsklub von G. Simon, Alter Markt. Hansen b. Nachen. Jeden dritten Sonnabend im Monat, abds. 8 1/2 Uhr Distriktsabend bei Lubwies in Hamburg (Ortsverband). Jeden 2. Freitag im Monat, 8 1/2 Uhr Ortsverband-Vertreter-sitzung bei Rose, Heinestr. 1. Hamburg (Rebner-Haus). Jeden Montag von 9 bis 11 Uhr bei Grell, Lagerstraße 2. Hamburg (Gewerksvereins-Vereinstafel). Jeden Donnerstag Leitungsfunde bei Köhner in Altona, Einsbühlstraße 48-50. Herne (Ortsverb.). Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung b. Ww. Wils, Ruhe, Bahnhofstr. gegenüb. der evang. Kirche. Iserlohn. Distriktsabend jeden 3. Mittwoch im Monat abds. pünktlich 8 1/2 Uhr bei D. Gilpe, Mendenerstr. 5. Köln (Ortsverb.). Jeden 2. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr Vertreter-sitzung in der Benz-Erholung, Kreuzgasse. Leipzig (Ortsverband). Sonntag, d. 18. Okt. Nachm. 6 Uhr, Versammlung mit Frauen. Donnerstag, d. 29. Oktober Vertreter-sitzung, jedes in „Stadt Hannover“. Leipzig (Gewerksvereins-Vereinstafel). Die Leitungsfunde finden jeden Mittwoch, abends 9-11 Uhr im Vereinsklub, „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und himmelbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. Wülheim a. Rh. (Ortsverb.). Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 11 Uhr, Vertreter - Sitzung im Verbandsklub bei Herrn Johann Müller, Sandstraße 88. Götting (Eingetragter d. Gewerksvereine). Die Leitungsfunde finden jeden Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststraße 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich willk. Tegel (Distriktsklub für Tegel, Vorkriegswalde u. Reindorf). Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Kömer, Schillerstraße 28, Cafe Schönebergerstraße. Thora (Bäder). Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolet, Rauerstr. 62. Weichau, Distriktsklub. Jeden Donnerstag, abends von 8-10 1/2 Uhr Distriktsabend beim Kollegen Schumel. Weichau a. E. (Gesangsverein „Harmonie“ der Deutschen Gewerksvereine). Leitungsfunde jedes Mittwoch, abds. von 8 bis 11 Uhr im Vereinsklub, „Klostergarten“. Weichau (Ortsverband). Gesangsabteilung der vereinigten Gewerksvereine (G.D.) jeden Montag, abends 9 Uhr Singstunde im Verbandsklub, „Rehmita“.

Änderungen bezgl. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Berlin II. (Maschinenbau- und Metallarbeiter.). R. Friedrichs, Schriftführer, Kisthofenstr. 15. G. I. Glogau (Ortsv. d. Töpfer.) Anton Gengfeld, Kassierer, Or. Oberstr. 21. Gotz P. (Ortsverb.) Ew. Pagel, Schriftführer, Bahnhofstr. 4.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Teilzahlung
Uhren und Goldwaren,
Photoartikel, Feldstech.,
Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Spielwaren,
Koffer usw.
Kataloge gratis und franko
BERLIN A. 57
JONAS & Co. Luisen-Allianz-Str. 3

Cottbus (Ortsverband). Unsere Herberge befindet sich im Gasthof „Zum preussischen Hof“, Laubenstraße 19, in der Nähe des Bahnhofs. Durchreisende Kollegen erhalten Herbergskarten bei den Ortsvereinskassierern und für den Ortsverband bei Kollegen F. Bollrecher, Rautenstr. 4.

Hannover - Minden und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen aller Berufe erhalten Kostkarten und Verpflegungskarten hierzu bei Carl Gabel, Gellenstr. 33 a II.

Rosowau. Ortsverbandsgesell. für durchreisende Kollegen bei G. Peater, Friebr. Sträßchen 18.

Brandenburg (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsverbandsgesell. in Höhe von 75 Pf. beim Kassierer Heinrich Drefan, Kleine Gartenstr. 82.

Bromberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten 75 Pf. Ortsgesell. bei den Ortsvereinskassierern bzw. beim Ortsverbandskassierer Kollegen Feindke, Elisabethmarkt 7.

Oberbergischer Ortsverband, Ctg. Schlettan. Unterföhung von 75 Pf. an wandernde Kollegen bei Ernst Höfer jun. in Schlettan, Walzhausstr. 62, mittags von 12-1 und abds. von 6-8 Uhr.

Nabeberg i. Saoh. Durchreisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsgesell. im Betrage von 75 Pf. bei dem Kollegen Richard Benzler, Nabebergstr. 16.

Regenitz (Ortsverband). Verpflegungskarten für durchreisende Gewerksvereinskollegen beim Ortsverbandskassierer Paul Wuttke, Georgenstraße 3. Verkehrslos! ist Pring von Preußen, Ologauerstraße.

Spottau-Gulan (Ortsverb.). Durchreisende Gewerksvereiner erhalten eine Unterföhung von 75 Pf. beim Verbandskassierer Kollegen F. Schenert in Spottau, Ologauerstraße 10. Arbeitsnachweis ebenfalls.

Wafswall. Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten eine Unterföhung bei H. Herzog, Klosterstr. 10.

Essen (Ruhe). Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband Essen Abendrot, Nachtlogis und Morgenkaffee. Die Verpflegungskarten werden bei den einzelnen Kassierern ausgeteilt.

Schramberg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Unterföhung bei Schabale-Schramberg, Bernedstr. 104 und bei Fröblich, Schiltach 149.

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Eoglerkarten im Betrage von 1,20 Mk. beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin, Bollwerk 22 im Laden. Die Verbandsherberge befindet sich Elisabethstraße 49 (Jäger's Gastwirtschaft).

Wesig (Bastel- und Handarbeiter). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten Abendrot, Nachtlogis, Kaffee und Frühstück. Verpflegungskarten beim Kassierer G. Clausen, Koloniestr. 22.

Jena (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pf. Unterföhung bei Carl Müller, Greifgasse 2, Cafe Oberlängengasse.

Jauer i. Schl. (Ortsverb.). Unterföhung für durchreisende, arbeitslose Kollegen bei G. Wandel, Bolforstr. 4.

Jittan (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterföhung im Betrage von 75 Pf. bei allen Vereinskassierern, für die fehlenden Besuche beim Ortsverbandskassierer F. Brendler, Bergstr. 14.

Kaynas i. Schles. (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterföhung von 75 Pf. ausgegallt beim Ortsverbandskassierer G. Walter, Regenerstraße 48. Anweisungen sind bei den Vereinskassierern zu haben.

Lübeck (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten ein Ortsgesell. von 1 Mk. bei K. Tesche, Finkenstr. 3.

Menzlau (Ortsverband). Durchreisende Arbeitslose erhalten Unterföhung von 75 Pf. beim Verbandskassierer Otto Wende, Eulsenstraße 15.

Oldm und Wülheim a. Rh. Durchreisende erhalten Verpflegungskarten im Gewerksvereinsbureau, Severinstr. 156.

Stralsund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pf. Unterföhung bei G. Deteri, Badenstraße 81.

Chemnitz (Ortsverband). Das Gesell. für Durchreisende wird bei den Ortsvereinskassierern, die nicht vorhandenen Besuchen nur beim Ortsverbandskassierer, Koll. Paul Müller, Bernsdorferstraße 81, abends von 6-8 Uhr ausgegallt.

Wesig (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten eine Unterföhung von 75 Pf. beim Kollegen Albin Müller, Chemnitzstr. 15.

Weichau a. E. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Unterföhungskarten auf dem Bureau der Schuhmacher und Lederarbeiter, Kollege Koch, Leipzigstr. 26.

Wülheimshagen (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten Unterföhung. Karten beim Ortsverbandskassierer F. Biede, Wülheimshagen-Wülfringen, Heinestr. 13.

Bauschule
Rastede (Oldbg.)
Kassier- und Polsterkurse
Vollständige Ausbildung
in 5 Monaten.
Ausführliche Progr. frei.

Legiton
Des Arbeitsrechts
in Verbindung mit
Felix Claus, Hermann
Hog, Hermann Luppe
herausgegeben von
Alexander Eißer.
Verlag von Gustav Fischer
in Jena.

Wer sich rasch über eine Frage des Arbeitsrechts unterrichten will findet in diesem praktischen Leitfaden in knapper Darstellung jede gewünschte Information. Größere Bibliotheken, Arbeitervereine, Sozial- und Agitationsbeamte der Arbeiterbewegung sollten sich in den Besitz des Buches legen. Gegen Einsendung des Kopienpreises von 4,80 Mk. pro Exempl. in gut. Bezahlung. Der Nachtrag erfolgt frank. Zusendung. Das Buch ist an unsern Verbandskassierer F. u. B. Klein, Berlin N.O. 55, Geschäftsverkehrsstr. 231/232 zu geben. Die Bestellung ist auf den Postabschnitt zu schreiben.